



Während über ein Ende des Ukraine-Krieges verhandelt wird, leiden viele Ukrainer unter den russischen Angriffen auf die Infrastruktur.

Diplomatie statt Sieg oder Niederlage

Ob die von den USA forcierten Verhandlungen über ein Ende des Ukraine-Krieges erfolgreich sein werden, ist fraglich

Unrealistische Friedensverhandlungen, leere Versprechen: Der langwierige Krieg in der Ukraine lässt sich nicht durch »Deals« zwischen Russland und den USA beilegen.

HERBERT WULF

In der Vergangenheit gab es in den Verhandlungen über ein Ende des Ukraine-Kriegs keinen geordneten Austausch zwischen den Konfliktparteien. Erst mit den derzeitigen trilateralen Gesprächen in Abu Dhabi saßen Russland und die Ukraine unter Vermittlung der USA an einem Tisch. Vorher verhandelten die Teilnehmer in unterschiedlichen Formaten – mal mit, mal ohne die ukrainische Regierung; mal bilateral zwischen den USA und Russland; mal waren europäische Regierungen beteiligt, mal nicht. Die Vereinten Nationen, denen eine zentrale Rolle in Krieg und Frieden weltweit zukommt, haben kaum eine Rolle gespielt, da sie von den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats seit Jahren marginalisiert werden.

Die Erwartungen der ukrainischen Regierung an die von den USA orchestrierten Verhandlungen schwanken zwischen Schrecken, Skepsis und Hoffnung. Angesichts der Erfahrungen, die die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 gemacht hat, ist die Sorge verständlich. Denn die Ukraine hat mit den früher erzielten Versprechen und Abkommen äußerst negative Erfahrungen gemacht, beispielsweise mit Sicherheitsgarantien. Das Budapester Memorandum von 1994 sah vor, dass die Ukraine auf Atomwaffen verzichtet und die USA, Russland und Großbritannien im Gegenzug die Unabhängigkeit der Ukraine respektieren würden. Dieses Versprechen wurde von Russland bekanntlich gebrochen und die Sicherheitsgarantien der USA und Großbritanniens haben Russlands Invasion nicht verhindert. Es blieben leere Versprechungen.

Seit 2008 gab es vage Ankündigungen eines möglichen Nato-Beitritts, der immer wieder verschoben wurde und von den USA nun kategorisch abgelehnt wird. Der Waffenstillstand nach der Annexion der Krim 2014, der sogenannte Minsk-Prozess, scheiterte. Russland führt Krieg in der Ukraine, zerstört die Infrastruktur und nimmt keinerlei Rücksicht auf Zivilisten. Dennoch behauptet der Kreml, die Ukraine sei der Aggressor, während die Ukraine weitgehend daran gehindert wird, den Krieg auf russisches Territorium auszudehnen.

Unmittelbar nach dem russischen Einmarsch im Februar und März 2022 fanden mehrere erfolgreiche Gesprächsrunden zur

Beendigung des Krieges statt. Die ukrainische Regierung hatte damals vier Punkte als Verhandlungsziele vorgeschlagen: den Verzicht der Ukraine auf eine Nato-Mitgliedschaft, Verhandlungen über den Status der Krim nach 15 Jahren, direkte Verhandlungen zwischen den beiden Präsidenten über den Donbass und Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Gegen einen Beitritt der Ukraine zur Nato hatte sich Russland vehement ausgesprochen, zu den übrigen Verhandlungsangeboten gab es keine Einigung. Nach erfolgreicher Verteidigung großer Teile des Territoriums im Sommer 2022 und dem Bekanntwerden der Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte zog die ukrainische Regierung diesen Vorschlag zurück und erklärte, die russische Regierung sei nicht ernsthaft an einer Einigung am Verhandlungstisch interessiert.

Bislang wurden zahlreiche Vorschläge zur Aushandlung eines Waffenstillstands oder eines Friedensvertrags unterbreitet, bisher jedoch ohne Erfolg. Einige der damals von der Ukraine gemachten Vorschläge sind noch immer die wichtigsten Streitpunkte in den derzeitigen Gesprächen. Die Positionen der Ukraine und Russlands weisen eine erhebliche Kluft auf.

Bislang wurden zahlreiche Vorschläge zur Aushandlung eines Waffenstillstands oder eines Friedensvertrags unterbreitet, bisher jedoch ohne Erfolg.

Neben Gesprächen zwischen den US-amerikanischen und russischen Regierungen gab es bilaterale und multilaterale Treffen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, der Ukraine und mehrerer europäischer Länder. Die beiden eigentlichen Konfliktparteien, Russland und die Ukraine, haben bis zu dem Treffen in Abu Dhabi jedoch nur über einzelne, nicht unwichtige Aspekte verhandelt, wie etwa den Gefangenenaustausch, die Rückführung ukrainischer Kinder aus Russland und das Abkommen über den sicheren Getreidetransport im Schwarzen Meer. Über einen Waffenstillstand oder gar einen Friedensvertrag bisher aber nicht. Wenn auch noch keine handfesten Ergebnisse erzielt wurden, sind die direkten Gespräche zwischen den Konfliktparteien ein Fortschritt.

Die Friedens- und Konfliktforschung kommt zu dem Schluss, dass Konflikte »verhandlungsreif« sein müssen, um zu nachhaltigen Abkommen zu gelangen. So

ungeduldig der US-amerikanische Präsident auch von einem schnellen Kriegsende spricht, ein Friedensvertrag scheint in weiter Ferne. Hastig geschlossene oder erzwungene Waffenstillstandsabkommen oder unpräzise formulierte Friedensverträge führen nicht zu nachhaltigen Ergebnissen. Wenn Russland auf seinen maximalistischen Positionen beharrt, also auf der Abspaltung von Gebieten in der Ostukraine und der Krim, der Entmilitarisierung und dem Ausschluss einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine sowie der Ablehnung einer Beteiligung europäischer Truppen als Sicherheitsgarantie für die Ukraine, sind die Voraussetzungen für wirksame Abkommen nicht gegeben. In ihrer offiziellen Position lehnt die Ukraine Gebietsabtretungen ab. Es ist einer der kritischsten Punkte in den Verhandlungen. Anscheinend hat aber die Ukraine Kompromissbereitschaft bei territorialen Fragen signalisiert und den Wunsch nach einer Nato-Mitgliedschaft aufgegeben, mögliche Sicherheitsgarantien sind jedoch bislang nicht ausreichend verabredet. Offensichtlich spielt die Kreml-Führung auf Zeit, weil sie glaubt, ihre Ziele mit militärischen Mitteln erreichen zu können.

Wladimir Putin äußerte sich in diesem Sinne öffentlich, während Donald Trump Ende 2025 in Florida mit Wolodymyr Selenskyj verhandelte. Doch der Wunsch der Ukraine nach der Wiederherstellung ihrer Souveränität und territorialen Integrität und Russlands Ziel der Kapitulation der Ukraine oder zumindest der Eingliederung der vier Regionen der Ostukraine in Russland stehen unvereinbar gegenüber. Russland beharrt auf seinen Positionen, während die Ukraine, unter dem Druck der USA und angesichts ihrer prekären militärischen Lage, verhandlungsbereit zu sein scheint.

Verhandlungen beginnen üblicherweise mit Hintergrundgesprächen, Vorgesprächen oder Gesprächen über die Möglichkeit von Verhandlungen. Solche Gespräche haben bereits stattgefunden, und es scheint, als ob die von der US-Regierung vorangetriebene Annäherung nun im Gange ist. Das Dilemma aber bleibt bestehen: Wie kann Russland zu ernsthaften Verhandlungen gebracht werden? Ist eine glaubwürdige Drohung nötig – sei es eine militärische Wende in der Ukraine oder wirtschaftlich wirksame Sanktionen? Oder braucht es ein lukratives US-russisches Abkommen auf Kosten der Ukraine oder einen unerwarteten politischen Umbruch in Russland? Oder wird die fortgesetzte militärische Unterstützung der Ukraine zu einer weiteren Eskalation führen – entweder durch ein wei-

tergehendes Eingreifen der Nato in diesen Konflikt oder durch verstärkte russische Drohungen mit Atomwaffen?

Angesichts der Risiken einer weiteren Eskalation und des anhaltenden Leids auf beiden Seiten sollten die Möglichkeiten der Diplomatie genutzt und intensiviert werden. Nach zwölf Jahren Konflikt und vier Jahren intensiver Kämpfe wurde noch immer kein realistischer Fahrplan für ein Ende vorgelegt. Doch Überraschungen sind möglich. Die Geschichte der Entspannungspolitik zeigt, dass trotz miserabler Bedingungen in den 70er und 80er Jahren Erfolge und zahlreiche Rüstungskontrollverträge möglich waren.

Leider zeichnen sich die Verhandlungsbemühungen der Trump-Regierung nicht durch Unparteilichkeit aus, eine wichtige Voraussetzung für glaubwürdige Vermittlung.

Leider zeichnen sich die Verhandlungsbemühungen der Trump-Regierung nicht durch Unparteilichkeit aus, eine wichtige Voraussetzung für glaubwürdige Vermittlung und dauerhafte Abkommen. Der im November 2025 vorgelegte 28-Punkte-Plan berücksichtigte hauptsächlich die Interessen der USA und Russlands, nicht aber der Ukraine. Auch europäische Interessen wurden missachtet. Obwohl dieser Plan inzwischen überarbeitet wurde, um ukrainische Bedenken zu berücksichtigen, liegen die Positionen Russlands und der Ukraine weiterhin weit auseinander. Wie so oft in anderen Konflikten hegen mächtige Nationen die Illusion, sie könnten die Bedingungen für ein Abkommen diktieren. Das chaotische Vorgehen der US-Regierung, begleitet von schmerzhaften, immer wieder unterbrochenen Verhandlungen, von unrealistischen und egoistischen Vorschlägen, bietet keine gute Grundlage für einen dauerhaften Frieden.

Dritte Parteien könnten als Vermittler eine wichtige Rolle spielen, sofern sie unparteiisch handeln und die Prinzipien des Völkerrechts wahren. Regierungen, die sich neutral positioniert haben (wie Indien, Brasilien, die Türkei und Saudi-Arabien, die im August 2023 Gespräche initiierten), oder andere Organisationen wie die Uno, der Vatikan oder die Brics-Staaten könnten ihren Einfluss geltend machen, um ernsthafte Verhandlungen zu ermöglichen. Offenbar ist der russische Präsident jedoch nur an

Verhandlungen auf Augenhöhe mit dem US-amerikanischen Präsidenten interessiert. Die bilateralen Treffen zwischen den Präsidenten der USA und Russlands erwecken den Eindruck zweier zynischer Herrscher, die die Kriegsbeute unter sich aufteilen. Doch dieser langwierige Krieg lässt sich nicht durch »Deals« zwischen Russland und den USA beilegen.

Letztlich wird dieser Krieg höchstwahrscheinlich mit einem Vertrag enden. Doch die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung sind derzeit nicht günstig. Narrative von Sieg oder Niederlage bestimmen den Zeitpunkt möglicher Verhandlungen. Aber dieser Zeitpunkt wird von den entscheidenden Konfliktparteien sehr unterschiedlich wahrgenommen. Nach den Treffen zwischen Trump und Selenskyj Ende 2025 scheint die Ukraine bereit zu sein, Gebiete im umstrittenen Donbass abzutreten. Im Gegenzug würde das Land US-Sicherheitsgarantien gegen einen weiteren russischen Angriff erhalten. Könnte dies die Grundlage für einen Friedensvertrag bilden? Kann die Ukraine diesen Sicherheitsgarantien vertrauen oder sind es leere Versprechungen? Wird Russland den Vorschlägen zustimmen? Es bleibt abzuwarten, ob die jetzt vereinbarte weitere Gesprächsrunde einen Durchbruch bringt.

Ein Hindernis könnte darin bestehen, dass Russland in seiner Verfassung festgelegt hat, dass die vier Provinzen in der Ostukraine, die noch nicht vollständig von Russland besetzt sind, zu Russland gehören. Damit hat sich Präsident Putin die Möglichkeit verbaut, territoriale Kompromisse einzugehen, ohne sein Gesicht zu verlieren. Gegenwärtig scheinen fortgesetzte Kämpfe und ein langer Abnutzungskrieg mindestens genauso wahrscheinlich wie ernsthafte und erfolgreiche Verhandlungen.



Herbert Wulf ist emeritierter Professor für Friedens- und Konfliktforschung. Er leitete das Bonn International Center for Conflict Studies und forschte am Stockholm International Peace Research Institute (Sipri).